



oder Monate unter Druck steht, verengt sich der Fokus auf das Jetzt. Die Zukunft schrumpft weg. Entscheidungen werden kurzfristiger, impulsiver, defensiver. Nicht weil man dumm wäre, sondern weil das Gehirn auf diese Weise versucht, den Stress zu verringern.

Der Autor Rutger Bregman erklärt es so: Wer arm ist, ist wie ein Computer mit zu vielen Programmen, die gleichzeitig laufen. Er reagiert weniger gut, nicht weil er kaputt ist, sondern weil er überlastet ist. Dieses Muster wiederholt sich überall dort, wo Menschen permanent Mangel erleben. Sie treffen keine „schlechten Entscheidungen“, sie treffen die bestmögliche Entscheidung – aber halt unter Knappheitsdruck.

### Die falsche Nullsummenlogik

Und nun kommt der entscheidende Schritt: Was individuell gilt, gilt auch gesellschaftlich. Wenn ganze Bevölkerungsschichten über Jahre hinweg unter Preisdruck, unsicheren Jobs, Wohnungsnot und kaputten öffentlichen Diensten leiden, entwickelt die Gesellschaft einen kollektiven Knappheitsmodus im Denken. Es verengt sich der politische Blick. Komplexe Lösungswege wirken überfordernd, einfache Botschaften plötzlich attraktiv. Alles wird zum Kampf um zu wenige Ressourcen. Das ist die Nullsummenlogik: Wenn andere etwas bekommen, bleibt für mich weniger übrig. Wenn jemand anderes „ein größeres Stück Kuchen“ hat, dann wird mein Stück kleiner. Keiner kommt auf die Idee: Dann backen wir eben mehr Kuchen. Denn eine Politik der Austerität erzählt uns: Nein, das geht nicht. Wir müssen verzichten. Dabei stimmt das objektiv nicht. Österreich ist eines der reichsten Länder der Welt. Es gibt genug Wohlstand. Aber der ist sehr ungleich verteilt. Wir sparen bei öffentlichen Leistungen, aber nicht bei Vermögenden. Wir kürzen bei Pflege, Wohnen und Pensionen, erzählen aber gleichzeitig, man habe „über den Verhältnissen gelebt“.

### Trügerische Erfahrungen bestärken falsche Theorie

Der angebliche Mangel ist das Ergebnis politischer Entscheidungen. Wenn Wohnungen knapp und immer teurer werden, spüren wir: „Da nimmt mir jemand etwas weg.“ Wenn der Arzt nur mehr Termine in sechs Monaten hat, spürt man: „Wir sind zu viele.“ Und weil diese Engpässe real erlebt werden, wirken rechte Erzählungen plausibel, obwohl sie inhaltlich falsch sind. Migration sei schuld. Sozialleistungen seien schuld. „Die anderen“ seien schuld. Nullsummenlogik braucht keine Beweise, sie braucht nur einen Mangel, den ich erlebt habe. Diese „Logik“ wird jetzt in Zeiten des Sparens nochmal kräftig befeuert. „Wir haben über unseren Verhältnissen gelebt“, „Jeder muss was beitragen“, „Alle müssen den Gürtel enger schnallen“ und so weiter und so weiter.

### Die autoritäre Basis

Robert Misik beschreibt diese Rhetorik als „Kult der Härte“: Härte für die, die ohnehin wenig haben; Schonung für die, die viel besitzen. Es ist eine Erzählung, die Härte idealisiert und Empathie als Schwäche abwertet. Und genau diese Härte-Erzählung bringt uns politisch dorthin, wo autoritäre Kräfte seit jeher ihre Energie beziehen: aus dem Gefühl, allein gelassen zu sein. Wenn öffentliche Dienste geschlossen werden, wenn der Bus nur noch einmal am Tag fährt, wenn die Kinderbetreuung ausgedünnt ist, wenn Schulen nicht renoviert werden und Wohnbauprogramme versanden, dann bröckelt das Vertrauen in die Demokratie. Demokratie lebt nicht nur vom Wahlrecht, sondern davon, dass Menschen spüren: Diese Gesellschaft sorgt auch für mich. Wenn der Staat aber nur noch als Bürokratie spürbar ist, nicht als Infrastruktur des Gemeinwohls, dann wird er zum Gegner. Der Journalist George Monbiot hat das treffend beschrieben: Wenn alles, was vom Staat sichtbar bleibt, Strafen, Regeln und Engpässe sind,

dann ist er Belastung statt Schutz. Dann kann er weg.

### Abstiegsangst als Futter der Härte

Die Soziologie zeigt seit Jahren, dass es nicht die Ärmsten sind, die autoritäre Parteien wählen, sondern jene, die noch etwas zu verlieren haben: die untere Mittelschicht. Genau jene Menschen, die – wie der Soziologe Oliver Nachtwey es beschreibt – das Gefühl haben, auf einer Rolltreppe zu stehen, die nach unten fährt. Diese Abstiegsangst ist politisch explosiv. Sie macht empfänglich für jene, die versprechen, „Ordnung“ herzustellen, Grenzen zu schließen, „die da oben“ zu bestrafen und „die da unten“ ordentlich zu gängeln. Und dann kommt der Punkt, an dem autoritäre Politik als logische Lösung erscheint. Wenn alles knapp ist, braucht man jemanden, der verteilt. Wenn alles bedroht wirkt, braucht man jemanden, der schützt. Wenn rationale Debatten zu anstrengend sind, wirken Feindbilder befreiend.

### Auf Systemfragen braucht es die richtigen Antworten

Das ist auch der Grund, warum fast die Hälfte der Menschen in Österreich einen Systemwechsel will. Wie Natascha Strobl betont, wollen viele nicht weniger Demokratie – sondern eine andere. Eine, die ihnen wieder das Gefühl gibt, dass das System für sie arbeitet. Weil dieses Bedürfnis politisch nicht aufgefangen wird, besetzen rechte Parteien das Feld. Sie bieten einen Systemwechsel an: Einen Systemwechsel weg von demokratischer Teilhabe hin zu autoritärer Kontrolle.

Dass es anders geht, zeigt das Beispiel des neuen Bürgermeisters Zohran Mamdani in New York. Mamdani durchbricht Knappheitsdenken, indem er ganz einfach sagt: Wir müssen nicht teilen, was kleiner wird. Wir lassen wachsen, was allen gehört. Er zeigt, dass öffentliche Investitionen, Mietendeckel, bessere Infrastruktur und klare

Ansagen gegen Immobilienlobbys nicht spalten, sondern verbinden. Seine Kampagne zeigt, dass Menschen sehr wohl bereit sind, ein mutiges, progressives Projekt zu unterstützen, wenn man ihnen erklärt, wie man den Kuchen vergrößert. Er zeigt: Das Gegenteil von Nullsummenlogik ist kollektiver Zuegewinn. Ein System muss funktionieren, damit es verteidigt wird. Damit sind wir wieder bei Österreich. Wenn wir verhindern wollen, dass die Demokratie von innen erodiert, reicht es nicht, sie abstrakt zu verteidigen. Man kann Menschen nicht auffordern, ein System zu schützen, von dem sie glauben, dass es sie nicht schützt. Also, man kann

schon, es wird nur nichts bringen. Jede Demokratie braucht ein ökonomisches Fundament. Sie braucht soziale Sicherheit. Sie braucht verlässliche öffentliche Dienstleistungen. Sie braucht ein Gefühl von Fairness.

Deshalb spricht die Ökonomin Isabella Weber heute von antifaschistischer Wirtschaftspolitik. Sie meint damit eine Wirtschaftspolitik, die Demokratie schützt, indem sie Unsicherheit abbaut. Preisstabilität bei Grundbedürfnissen. Leistbares Wohnen. Gute Löhne. Arbeitszeit, die ein Leben ermöglicht. Öffentliche Infrastruktur, die funktioniert. Und eine Steuerpolitik, die Wohlstand zirkulieren lässt und

Konzentration verhindert.

Das ist kein radikaler Systemsturz. Es ist schlicht die Rückkehr zu wirtschaftspolitischer Vernunft. Denn eine Demokratie, die Menschen in dauerhafter Knappheit hält, verspielt ihr eigenes Fundament.



Artikel erstmals online auf:  
[www.momentum-institut.at](http://www.momentum-institut.at)

*Mag.<sup>a</sup> Barbara Blaha, Leitung Momentum Institut und Momentum Kongress, Universitätsrätin der Universität Wien, Mitgründerin des Wiener Balls der Wissenschaften.*

## Auswirkungen des Klimawandels auf Pfarrgemeinden

**Mit Praxisbeispielen, Diskussionen und neuen Impulsen setzte das siebte Weitblicktreffen der Klimabündnis-Pfarrgemeinden in Oberösterreich ein Zeichen für gelebten Klimaschutz.**

Das jährliche Treffen der Pfarrgemeinden des OÖ-Klimabündnis-Netzwerks fand am Freitag, den 17. April im Pfarrheim Urfahr – St. Josef statt. Es ging diesmal um die Fragen: „Wie betrifft das sich ändernde Klima ganz konkret die Pfarrgemeinden selbst? Gibt es schon spürbare Veränderungen? Welche Gefahren verstärken sich gerade? Wie sollen sich die Pfarrgemeinden vorbereiten? Was bedeutet das jetzt und in den kommenden Jahren für unser pfarrliches Engagement?“

Den einleitenden Vortrag mit konkreten Informationen und Prognosen hielt Norbert Ellinger, Mitarbeiter in der Klimabündnis-Arbeitsgruppe Klimawandelanpassung.

Der Klimawandel ist auch bei uns bereits deutlich spürbar. Hitzewellen, extremere Trockenperioden, Unwetter und Überflutungen häufen sich. Betroffen sind wir alle, aber besonders die so genannten vulnerablen Gruppen von Menschen, die keine oder nur geringe Möglichkeiten haben, sich vor diesen Einflüssen zu schützen. Städte

und Gemeinden bereiten sich intensiv darauf vor. Informations- und Förderprogramme der Bundesregierung und der EU sind darauf ausgerichtet, dass neben dem unerlässlichen Klimaschutz auch alle Maßnahmen eingeleitet werden, um die Auswirkungen auf lange Sicht im Rahmen zu halten.

Bei dem Treffen mit 33 engagierten Teilnehmer:innen wurden zahlreiche Fragen und Erfahrungen geteilt. Ein Beispiel aus Linz/Urfahr: Im Rahmen des Projekts „Coole Orte“ – Teil des Linzer Hitzeschutzplans – suchen immer mehr Menschen an heißen Tagen Kirchen als kühle Rückzugsorte auf. Pfarrgemeinden sind eingeladen, diese Räume nicht nur bereitzustellen, sondern auch mit Begegnungs- und Aktivitätsangeboten zu gestalten – als Orte für Körper und Seele. Seelsorge in Krisenzeiten gewinnt dabei zunehmend an Bedeutung. Wichtig sind aber auch die vielen kirchlichen Projekte im Sinne der globalen Schöpfungsgerechtigkeit. Besonders in den Ländern des globalen Südens sind die Aus-

*DI Georg Spiekermann,  
Betriebe im Klimabündnis OÖ,  
Pfarrten im Klimabündnis OÖ*

wirkungen des Klimawandels massiv spürbar. Welche Aufgaben hier auf uns zukommen, ist noch unübersehbar.

Lucia Göbesberger, Umweltreferentin der Diözese Linz, stellte die neue Kommission für Umwelt und Schöpfungsverantwortung vor, die die Arbeit des bisherigen Fachausschusses Schöpfungsverantwortung übernimmt und direkt dem Bischof beigeordnet sein wird. Dietmar Kanatschnig, Beauftragter für Klimavorsorge und nachhaltige Entwicklung der Evangelischen Kirche A.B. in Österreich, präsentierte abschließend die Ziele und Programme der evangelischen Kirche auf dem Weg zur Klimaneutralität.

*Das Klimabündnis ist das größte Netzwerk von Städten, Gemeinden und Regionen in Österreich, welches sich konkret dem Klimaschutz und der globalen Klimagerechtigkeit widmet. Es umfasst allein in Oberösterreich bereits über 70 Pfarrgemeinden.*